

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Vor dem Treffen der G7-Finanzminister mahnt die stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, **Ingrid Matthäus-Maler MdB**, die Ausnutzung der Zinssenkungsspielräume an.

Seite 1

Einen Skandal nennt **Rolf Schwanz MdB** den Dank des ehemaligen DDR-Verteidigungsministers und heutigen CDU-Bundestagsabgeordneten Rainer Eppelmann an den politischen Chef der DDR-Grenzgruppen, Generalleutnant Lorenz.

Seite 2

Bonner Seniorenpolitik ist gescheitert, befindet **Lisa Seuster MdB**.

Seite 2

Wovon lebt der Schalck am Tegernsee, fragt **Volker Neumann MdB**.

Seite 3

Das Hochwasser vergiftete Weiden, Kühe und Milchprodukte, beklagt **Susanne Kastner MdB**.

Seite 4

Über Architektur, Kunst und Demokratie sprach **Peter Conrad MdB** in der Christo-Debatte des Bundestags. Seine Rede im Wortlaut

Seite 5

49. Jahrgang / 39

25. Februar 1994

G7-Staaten müssen bessere Abstimmung vereinbaren Zum morgigen G7-Finanzministertreffen in Kronberg

Von **Ingrid Matthäus-Maler MdB**
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Die Finanzminister der G7-Staaten müssen eine bessere Abstimmung der Finanz- und Wirtschaftspolitik vereinbaren, um die Rekordarbeitslosigkeit in den Industrieländern abzubauen. Dazu ist es notwendig, daß vorhandene Zinssenkungsspielräume weiter genutzt werden. Vor allem die Bundesregierung muß ein glaubwürdiges Konsolidierungskonzept zum Abbau der Staatsschulden vorlegen, damit die kurzfristigen Zinsen in Deutschland weiter sinken können. Auf dem G7-Treffen darf es von deutscher Seite keine Zusagen zu schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen geben. Angesichts des hohen Sockels der Staatsschulden hat die Bundesregierung den konjunkturpolitischen Handlungsspielraum in Deutschland weitgehend auf Null gebracht.

Von dem G7-Treffen muß auch das Signal ausgehen, daß die westlichen Industrieländer den marktwirtschaftlichen Reformprozeß in Rußland weiterhin nachhaltig unterstützen. Rußland braucht jetzt einen deutlichen Vertrauensbeweis des Westens, um die rückwärts-gewandten Kräfte im eigenen Land zurückzudrängen. Allerdings muß Präsident Jelzin konkrete Zusagen über den künftigen wirtschaftspolitischen Reformprozeß in Rußland geben. Mit bloßen Absichtserklärungen ist es nicht mehr getan. Damit die auf den Weltwirtschaftsgipfeln in Tokio und München beschlossenen Finanzhilfen für Rußland weiter abfließen können, muß der wirtschaftliche und politische Umbau in Rußland weitergehen. Neue Finanzhilfen für Rußland stehen dabei jetzt nicht auf der Tagesordnung. Sollten aber neue Hilfen beschlossen werden, sind jetzt die anderen G7-Länder gefordert. Seit 1989 hat Deutschland rund 90 Milliarden DM und damit mit mehr als 50 Prozent aller westlichen Hilfen zum Aufbauprozeß in Rußland und den übrigen GUS-Ländern beigetragen.

(/25. Februar 1994/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 87, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umweltschutz
mit wertvollen Recycling-Papier



Beleidigung der Opfer an der deutsch-deutschen Grenze
Eppelmanns Dank an den Grenztruppen-Generalleutnant Lorenz ist ein Skandal

Von Rolf Schwanitz MdB

Vorsitzender der Querschnittsgruppe "Einheit Deutschlands" der SPD-Bundestagsfraktion

Eppelmanns Dank als ostdeutscher Verteidigungsminister an den Leiter der politischen Verwaltung der DDR-Grenztruppen Generalleutnant Lorenz ist ein Skandal. Mit seinen Formulierungen von "vier Jahrzehnten treuer soldatischer Pflichterfüllung", dem "herzlichen Dank für Jahrzehnte gesellschaftlich notwendiger Arbeit", der Aussage, wonach Lorenz stets verdienstvoll gewirkt und sein Herz, seine Lebenserfahrungen, sein Wissen und Können für den Schutz der Staatsgrenze und des friedlichen Lebens der Bürger der DDR eingesetzt habe, sowie die besten Wünsche Eppelmanns für das weitere Tun von Lorenz am Gemeinwohl unseres Volkes, beleidigt Eppelmann in unerträglicher Art und Weise die vielen Menschen, die an dieser Grenze ihr Leben verloren haben.

Diese Ignoranz steht in direktem Zusammenhang zur Verantwortung Eppelmanns für die Vernichtung der Akten des militärischen Geheimdienstes der NVA im Jahre 1990. In einem kürzlich durch das Buch "Auftrag Windrose" von Andreas Kabus bekanntgewordenen Brief schrieb Eppelmann am 8. September 1992 an die Bundesjustizministerin:

"In Absprache mit dem Bundesminister Herrn Dr. Schäuble und mit dem Verteidigungsminister Herrn Dr. Stoltenberg ist seinerzeit die Militäraufklärung und das Informationszentrum der ehemaligen DDR, der Nationalen Volksarmee, aufgelöst worden. Die Akten sind auf meinen Befehl hin vernichtet worden, um einer strafrechtlichen Verfolgung der Mitarbeiter dieser Behörde entgegenzuwirken."

Kabus verweist darauf, daß sich Eppelmann für diese Aktenvernichtung, deren strafrechtliche Relevanz bis heute ungeprüft ist, über den damaligen Ministerpräsident de Maiziere "grünes Licht" direkt im Bundeskanzleramt holte. Rainer Eppelmann hat den Vertrauensvorschuß, der ihm als Vorsitzender der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte auch wegen seiner Verdienste als Oppositioneller in der DDR entgegengebracht wurde, durch diese unerträglichen Handlungen verspielt.

(-/25. Februar 1994/hgs/ks)

Ein Versprechen löst das vorige ab
Die Bonner Seniorenpolitik ist gescheitert

Von Lisa Seuster MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Senioren des Deutschen Bundestages

Die heutige Diskussion des Ersten Altenberichts der Bundesregierung gibt Gelegenheit Bilanz zu ziehen.

Vier Jahre liegt der eher als symbolisch zu bezeichnende Gründungsakt des Ministeriums für Familie und Senioren zurück. Bislang hat es keine verantwortungsvolle politische Weichenstellung aus diesem Ministerium gegeben und man wird Derartiges wohl auch nicht mehr erwarten dürfen. Konstruktive Seniorenpolitik ist und bleibt ein Fremdwort für die Ministerin. Ich

befürchte, daß man selbst bei eingehender Betrachtung kaum Ansätze dazu finden wird. Dort, wo sie als Ministerin mit ihrem Einsatz und ihrem Engagement dringend gefragt ist, etwa bei der Verabschiedung der Pflegeversicherung, der Neuregelung der Altenpflegeausbildung oder der Sanierung der Altenheime in den neuen Ländern, sucht man greifbare Ergebnisse vergeblich. Was jedoch die zahlreichen Presseveröffentlichungen zu diesen Themen betrifft, kann man jedoch nicht von Untätigkeit sprechen, eine hochangesetzte Versprechung über angeblich bevorstehende Maßnahmen löst die andere ab.

Tatsache ist, weder dieser Bericht noch die Einsetzung der Enquete-Kommission Demographischer Wandel sind auf die Initiative der Ministerin zurückzuführen. Der Bericht wurde noch vom alten Ministerium Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in die Wege geleitet und die Einsetzung der Kommission ist auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt.

Die Impulse und politischen Weichenstellungen, die hier erarbeitet worden sind beziehungsweise es gerade werden, sind unverzichtbar um sich den Anforderungen des demographischen Wandels stellen zu können.

Wir, die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, stellen uns dieser Aufgabe. Wir arbeiten an den Antworten, wie wir diesen Prozeß bewältigen können. Antworten, die sicherstellen, daß es uns gelingt einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu finden, wie dieser Wandel bewältigt und positiv gesteuert werden kann.

Die Analysen und Empfehlungen der Sachverständigen werden uns als gute Grundlage diese Konsensfindung erleichtern.

Obwohl die Regierung die Seniorenpolitik als eine der "großen Zukunftsaufgaben" bezeichnet, ist der Weg vom guten Vorsatz zur guten Tat für sie scheinbar unüberwindbar. Die mal wieder vertagten Verhandlungen um die Pflegeversicherungen sind ein Zeichen für ihre politische Bewegungslosigkeit.

Man kann nur mit Interesse darauf warten, wie Frau Rönsch, analog der Familienpolitik, versuchen wird, ihr Scheitern in der Seniorenpolitik zu kaschieren!

(-/25. Februar 1994/hgs/ks)

**Wovon lebt der Schalck am Tegernsee?
Statt Schlammschlacht lieber nach Koko-Geldern spüren**

**Von Volker Neumann MdB
Mitglied im Koko-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages**

Daß die "Schlammschlacht", die die CDU zur Zeit unter dem Deckmantel der Vergangenheitsbewältigung veranstaltet, lediglich ein Versuch, von ihren eigenen politischen Fehlern und der desolaten Lage im Land abzulenken, ist, weiß jeder.

Anstatt aber nach Zitaten aus Stasi-Berichten zu fahnden, mit denen man politische Gegner diffamieren kann, sollten CDU-Politiker, wenn sie schon ihre Zeit damit verbringen, in Stasiakten zu wühlen, lieber den von der Koko verschobenen Milliardenbeträgen nachspüren. Hätten sie nämlich rechtzeitig und an den richtigen Stellen gewöhlt, hätten Milliardenbeträge dem Staat zugeführt werden können, die er dringend braucht. So aber muß sich die Regierung Unterlassungssünden und Nachlässigkeiten bei der Aufklärung der Koko-Machenschaften vorwerfen lassen.

Der Wortlaut von vor 20 Jahren geführten Gesprächen interessiert die Bürger ohnehin nicht. Was die Menschen wirklich wissen wollen, ist doch, warum Alexander Schalck-Golokowski ohne zu arbeiten aber mit ausreichend Geld ausgestattet in seiner Villa am Tegernsee recht gut lebt während sie auf Arbeitslosengeld angewiesen sind.

Die Menschen wollen wissen, warum viele aus dem oberen Bereich der Koko-Firmen inzwischen wieder reiche Leute geworden sind.

Sie wollen wissen, warum die alten MiS-Seilschaften neue Wirtschaftsstrukturen aufbauen konnten nahezu ungestört von einer überlasteten Staatsanwaltschaft und einer fast verzweifelten Kriminalpolizei.

Trotz vielfältiger Warnungen und Bitten sind bei der Aufklärung dieser und einer unvorstellbar großen Zahl weiterer Fälle von Wirtschaftskriminalität Versäumnisse geschehen, die die Bundesregierung sich selbst zuzuschreiben hat. Man hat die Kleinen gehängt und die Großen laufen gelassen. Warum wohl?

(-/25. Februar 1994/rs/ks)

Halbherziges Handeln der Bundesregierung **Hochwasser führte zu vergifteten Weiden, Kühen und Milchprodukten**

Von Susanne Kastner MdB

Durch eine Routineuntersuchung wurde jetzt die Vergiftung von Kühen und rund 20.000 Litern Milch mit krebserregenden Chlorwasserstoffen auf einem Bauernhof in Dessau an dem Fließmulde festgestellt. Anscheinend wurden Giftablagerungen aus der Lindanproduktion des früheren Chemiekombinats Bitterfeld durch das Winter-Hochwasser auf die Weiden der Kühe gespült. Dieser erschreckende Vorfall wirft viele Fragen auf, die insbesondere die Menschen in dieser Region bewegen.

Ich habe daher folgende Fragen an die Bundesregierung gerichtet:

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Schadstoffbelastungen der Flußökosysteme insbesondere der Ablagerungen in Flußbetten speziell in den neuen Bundesländern, und welche gesundheitlichen Gefahren bestehen durch landwirtschaftliche Produktion in den Überschwemmungsgebieten der mit giftigen Chemikalien belasteten Flüssen?
2. Seit wann werden Milch und andere landwirtschaftliche Produkte in den mit Umweltlasten belasteten Regionen in den neuen Ländern auf Schadstoffbelastungen mit welchen Ergebnissen untersucht, und welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die gesetzlichen Grenzwerte in Lebensmitteln und im Trinkwasser einhalten zu können?

Die Altlasten der DDR-Wirtschaft werden uns noch lange beschäftigen. Die Gesundheitsvorsorge für die dort lebenden Menschen muß Vorrang vor allen anderen Interessen haben. Gesunde Lebensmittel und einwandfreies Trinkwasser muß durch unverzügliches Handeln gewährleistet werden. Das halbherzige Handeln der Bundesregierung zeigt sich in fehlenden Sanierungsprogrammen, in der Nichtvorlage eines überfälligen Bodenschutzgesetzes und in den Bestrebungen das Wasserhaushaltsgesetz und andere Gewässerschutzbestimmungen aufzuweichen. Die SPD wird dies weiter anprangern und Druck machen, um eine vorsorgende Umwelt- und Gesundheitspolitik auch in den neuen Ländern durchzusetzen.

(-/25. Februar 1994/hgs/ks)

Die Architektur, die Kunst und die Demokratie
Ein Beitrag zur Christo-Debatte

Von Peter Conradi MdB *

Wir diskutieren heute und stimmen am Schluß darüber ab, ob der Künstler Christo das Reichstagsgebäude in Berlin 14 Tage lang mit Stoff umhüllen darf.

Wir stimmen nicht über Kunst ab. Adolf Arndt, der Kronjurist der SPD in den fünfziger und sechziger Jahren, hat 1960 in seiner großen Rede "Demokratie als Bauherr" dazu gesagt:

"Nicht nur ist in einer Demokratie niemand da, der bestimmen kann, was Kunst ist, sondern von ihrem eigenen Wesen her darf keiner da sein, der sich dessen von Staatswegen mit Galtung für alle unterfangen dürfte."

Demokratie, so Adolf Arndt, beruht nicht allein auf Abstimmung, "sondern grundlegend zuerst auf Übereinstimmung hinsichtlich des Unabstimmbaren, welche Übereinstimmung die Möglichkeit des Zusammenlebens begründet und das Abstimmbare aussondert und zur Wahl freigibt."

Es gibt die letzten Dinge; über die letzten Dinge kann kein Parlament mit Mehrheit entscheiden. Es gibt die vorletzten Dinge, über die wir hier mit Mehrheit verbindlich für alle entscheiden. Das ist Demokratie. Über Kunst kann nicht mit Mehrheit entschieden werden; sie gehört zum Bereich des Unabstimmbaren.

Wir sind von unseren Wählerinnen und Wählern als ihre Vertreter hierher gewählt worden, um über Steuern und Straßen, über Waffenexporte und Wohnungsbau, über Asylrecht und Arbeitslosigkeit abzustimmen, nicht über Kunst. Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, macht die Debatte so schwierig; denn wir reden über eine künstlerische Aktion, die dem einen gefällt und dem anderen nicht gefällt. Ich bitte sie alle diese Debatte nicht nur in Respekt voreinander, sondern vor allem in Respekt vor dem Künstler und vor der Kunst zu führen.

Adolf Arndt empfiehlt dem Bauherrn Demokratie, "sich für das Reifere seiner ihm nicht abnehmbaren Entscheidung - als Bauherr - des sachkundigen Rates... freier und mit ihrem Namen verantwortungsbereiter Bürger... zu vergewissern." Deshalb lassen wir uns bei öffentlichen Bauten der Gemeinden, der Länder und des Bundes von Preisgerichten, von unabhängigen Fachleuten beraten. Manchmal irren die Preisrichter; das haben sie mit uns Politikern gemeinsam. Hier, bei dem Projekt Christos, raten die Fachleute, die Künstler und die Kunstkritiker uns mit überwältigender Mehrheit - fast ohne Ausnahme -, so Christo zu gestatten, das Reichstagsgebäude, unser zukünftiges Bundeshaus, zu umhüllen.

Das sind ihre Argumente für das Projekt: Erstens: Christos Umhüllung des Gebäudes mit Stoff gibt dem Bau eine neue, überraschende ästhetische Gestalt. Er eröffnet uns die Chance, diesen Bau in seiner Eigenart anders wahrzunehmen. Die zeitweilige Verhüllung wird unsere Sicht schärfen - Erkenntnis durch Verfremdung. Zweitens: die Umhüllung mit Stoff ist ein großes

Thema der Kunst, die Griechen umhüllen ihre Statuen mit leichten Gewändern. Streng sind die Gewänder der gotischen Madonnen, prächtig und üppig ist das Spiel des Stoffs in den Gewändern der Heiligen Drei Könige im Barock.

Immer unterstreichen der Stoff und seine Behandlung die Kostbarkeit, den Wert des Umhüllten, so wie ein wertvolles Geschenk durch die Umhüllung wertvoller und nicht weniger wertvoll wird.

Drittens: Christos Umhüllung des Reichstagsgebäudes kostet den Steuerzahler nichts. Er bezahlt diese Aktion selbst aus den Erlösen seiner Zeichnungen, seiner Bilder, seiner Lithographien, seiner Bücher und Plakate. In einer Welt, in der Kunst vor allem nach ihrem Preis gemessen wird, ist diese Kunstaktion, die man nicht bezahlen kann, die man nicht kaufen kann, eine Erinnerung daran, daß Kunst mehr ist als Ware.

Viertens: Christos Umhüllung bringt das Element des Zeitlichen, das Vergänglichen in unser Bewußtsein. Nur 14 Tage dauert die Aktion. Aber sie wird in vielen Bildern festgehalten. Sie wird im Fernsehen, in den Zeitungen um die Welt gehen, und sie wird im kulturellen Gedächtnis der Menschheit so bleiben, wie der Running Fence in Kalifornien oder die umhüllte Brücke in Paris.

Eine beeindruckende Kraft zur Vision

Soweit die Argumente der Fachleute, der Kunstkritiker und Künstler. Ich will ein politisches Argument anschließen. Bei allen Projekten Christos ist der lange, oft jahrelange Weg von der Idee bis zur Ausführung Teil des Projekts. Die öffentliche Diskussion über seine Arbeit, über deren Sinn und Bedeutung ist unverzichtbares Element seiner künstlerischen Arbeit. 22 Jahre lang hat Christo mit zahllosen Politikern, mit Journalisten, mit Künstlern, mit Kritikern, mit Bürgerinnen und Bürgern über die Umhüllung des Reichstagsgebäudes gesprochen. Mich beeindruckt diese Beharrlichkeit, diese Kraft zur Vision, das unmöglich Erscheinende doch möglich zu machen. Das ist eine politische, ja eine demokratische künstlerische Aktion, die nicht elitär über den Menschen steht, sondern die Menschen einbezieht. Hätten wir doch in der Politik solche Visionen, solche Beharrlichkeit, so langen Atem und solche Kampagnen! Meine Fraktion hat zweimal über das Projekt diskutiert. Wir haben nicht abgestimmt. Es gibt bei uns Befürworter - ich hoffe: viele - und Kritiker - ich hoffe: weniger.

Ich nehme die Einwände gegen das Projekt ernst und will mich mit ihnen auseinandersetzen. Da wird gesagt: Wirtschaftskrise, Staatsverschuldung, rechtsradikale Gewalt, Millionen Arbeitslose, Zukunftsangst und Resignation - und der Bundestag diskutiert über Kunst. Habt ihr nichts Wichtiges zu bereden, so werden wir gefragt.

Ich frage dagegen: Soll, weil es Not und Angst gibt, weil es Krieg und Arbeitslosigkeit gibt, nicht mehr über Kunst geredet werden. Ich habe am Anfang ausgeführt, daß hier nicht über Kunst entschieden wird. Wir wurden nicht hierher gewählt, um zu entscheiden, was Kunst ist. Wir entscheiden hier, ob der Reichstag für diese Aktion freigegeben wird.

Herr Kohl hat als Parteivorsitzender in seiner Hamburger Rede die anrührende, schöne Geschichte von Vernon Walters erzählt, der im Elend der Nachkriegsjahre Hoffnung in Deutschland sah, weil eine Familie in einer Kellerwohnung Blumen in einer Schale auf dem Tisch hatte. Ein schönes Bild. Damals, im Elend der Nachkriegszeit, blühte die Kunst in Deutschland, blühten Theater, Literatur, Malerei und Kunst. Das alles war für die Menschen lebens-, überlebenswichtig. Die Ruhrfestspiele wurden nicht in den Zeiten des Wohlstandes, sondern damals in der Zeit der Armut gegründet.

Was ist das für ein armseliges Argument, in einer Zeit der Not, der Krise müsse zuerst auf die Kunst verzichtet werden? Umgekehrt: Weil es Krieg und Arbeitslosigkeit gibt, weil es Angst und Mutlosigkeit gibt, weil es Resignation und Phantasielosigkeit gibt, wollen wir mit dieser Aktion ein positives Zeichen, ein schönes, leuchtendes Signal setzen, das Mut und Hoffnung macht und Selbstvertrauen ausstrahlt.

Die Kritiker werden begeistert sein

Übrigens: Das Projekt schafft ja Arbeit. Der Stoff muß gewebt werden, die Bahnen werden genäht, Bauarbeiter, Studenten, sogar Alpinisten werden dort beschäftigt. Und so wie in Frankreich, wo Chirac zuerst das Projekt der Umhüllung des Pont Neuf als Marotte einer elitären Minderheit abtun wollte und dann, als Hunderttausende, ja Millionen sich daran begeisterten, immer schon dafür war, so werden auch bei uns die Kritiker von heute morgen von der Schönheit und Kraft dieses Projektes begeistert sein.

Andere sagen: Dafür gibt es Geld, aber bei Arbeitslosen und Kindergärten spart ihr. Noch einmal: Christo finanziert das Projekt selbst, ohne öffentliche Mittel. Ich habe übrigens nicht gehört, daß irgend jemand gefordert hat, wir sollten wegen der Arbeitslosen die Oper oder die Museen schließen.

Ich verstehe, daß einige von uns Sorge, ja Angst vor den Wählern haben, sie könnten diese Aktion mißverstehen. Doch es liegt zuerst an uns selbst, den Menschen diese Aktion zu erklären, dafür um Verständnis zu werben, ihnen deutlich zu machen, daß diese Umhüllung weder die deutsche Geschichte noch das Reichstagsgebäude beleidigt, sondern daß diese Umhüllung eine schönes künstlerisches Zeichen für unseren Neuanfang in Berlin ist, und das alles ohne Steuergelder. Wer hat hier Angst vor dem Wähler? Angst ist kein guter Ratgeber, weder in der Kunst noch in der Politik. Hier ist Mut gefragt, nicht Kleinmut.

Wieder andere sehen die Würde des Hauses in Gefahr. Ist es Angst vor dem Ungewohnten, vor dem Neuen? Warum sollten wir uns nicht 14 Tage lang einer neuen Erfahrung aussetzen? Kunst ist oft neu, ist oft ungewohnt. Auch Politik sollte das gelegentlich sein.

Sind wir als Politiker nicht bereit, an dem Ort, an dem wir einmal arbeiten werden, etwas Neues, Ungewohntes zuzulassen? Was soll diese Angst um die Würde des Hauses, die durch die Umhüllung mit Stoff gefährdet sein soll? Da wüßte ich vieles andere, was die Würde, das Ansehen des Parlaments eher beschädigt.

Die Würde unseres Hauses sei gefährdet, so befürchteten einige, als wir nach dem Auszug aus dem Wasserwerk dort drüben Kabarett machen wollten. Ohne falsche Bescheidenheit: Ich glaube, wir "Wasserwerker" haben mit unseren lockeren Reden und Liedern über das Parlament mehr für das Ansehen des Parlaments getan als mancher Würdenträger mit vergiftenden Reden.

Wie brüchig, fragt Wolfgang Rainer in der "Stuttgarter Zeitung", muß unser demokratisches Selbstverständnis sein, wenn es von der Umhüllung des Reichstagsgebäudes durch Stoff verletzt wird? Es geht nicht um ein "ironisches Verhältnis des deutschen Volkes zu seiner Geschichte", wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" grämlich befürchtet. Christus Umhüllung des Reichstagsgebäudes markiert einen Neubeginn, einen neuen Abschnitt in der Geschichte dieses Gebäudes, das danach unser Bundeshaus sein wird, ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen parlamentarischen Demokratie, und das kann ein Zeichen werden für ein selbstbewußtes, gelassenes, tolerantes Parlament, offen für Neues, neugierig auf Ungewohntes, mutig in einer Zeit verbreiteter Verzweiflung.

Friedliche Fernsehbilder aus Deutschland

Ein sanftes Zeichen wird es sein in einer Zeit, in der die Bilder von Gewalt geprägt sind. Wenn die Bilder vom umhüllten Reichstagsgebäude im Fernsehen um die Welt gehen, werden das andere, bessere, friedlichere Bilder von Deutschland sein als die Bilder der Gewalt von Rostock, Möltn, Solingen und Hoyerswerda.

22 Jahre lang bin ich Mitglied dieses Hauses, so lange, wie Christo an diesem Projekt arbeitet. Darüber entscheiden nicht Sie, sondern die Wähler. Ich halte das Parlament für eine großartige, für eine wunderbare Einrichtung, in der wir über das Zusammenleben der Menschen, die uns hierher geschickt haben, debattieren und abstimmen. Ich bin sicher, die Umhüllung unseres zukünftigen Parlamentsgebäudes, des Reichstagsgebäudes auf seinem Weg zum Bundeshaus wird dem Gebäude, wird dem deutschen Bundestag und der deutschen Demokratie nach innen und außen gut tun. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu diesem Projekt.

(/25. Februar 1994/hgs/ks)

* Peter Conradt hielt diese Rede im Deutschen Bundestag am 25.2.1994